

An den Landrat

Glarus, 5. April 2011

Interpellation SP-Landratsfraktion, "Stand Glarner öV"

Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

1. Ausgangslage

Am 6. Januar 2011 reichte die SP-Landratsfraktion die Interpellation "Stand Glarner öV" ein (s. Beilage).

2. Beantwortung

Ausserhalb und innerhalb des Kantons Glarus sind Massnahmen zur Verbesserung des öffentlichen Verkehrs geplant. In einer Volksabstimmung im September 2010 wurde in St. Gallen dem Ausbau des öV ab Dezember 2013 zugestimmt. Die Durchmesserlinie zwischen Zürich HB und Oerlikon wird im Sommer 2014 das gesamte S-Bahn-Netz Zürich deutlich aufwerten. Davon sind die S-Bahn-Verbindungen ab Zürich–Ziegelbrücke und der RegioExpress GlarnerSprinter betroffen. Für Glarus ergeben sich verschiedene Möglichkeiten, den öV innerkantonal auszubauen und auf die neuen Angebote abzustimmen. Der Landsgemeinde 2012 wird dazu eine Vorlage unterbreitet, die Verbesserungen ab Sommer 2014 vorschlägt und deren Kosten aufzeigt. Eine zweite Vorlage gilt dem Beitritt zum Tarifverbund Ostwind, welcher den Zugang zum öV einfacher und attraktiver machen wird.

Zu Frage 1. – Es wäre grundsätzlich möglich, den GlarnerSprinter stündlich nach Linthal verkehren und den Regionalzug ab Rapperswil in Schwanden wenden zu lassen. Für die Randstunden, in denen der GlarnerSprinter nicht verkehrt, übernehme der Regionalzug diese Aufgabe. Die Kosten dafür wird die Landsgemeinde-Vorlage 2012 aufzeigen.

Wohnort- und Tourismusförderung sind im Sinne einer Kosten-/Nutzen-Abwägung in die Entscheidungsfindung einzubeziehen.

Zu Frage 2. – Der Regierungsrat setzt sich für machbare und finanzierbare Lösungen ein. Er wartet deshalb das Ergebnis der Offerten ab und wird sich dann vernehmen lassen.

Zu Frage 3. – Im Rahmen der baulichen Strukturvereinfachungsmassnahmen war der Regierungsrat über die geplanten Rückbauten bei den Gleisanlagen orientiert. Damals gab es

keine Anzeichen, dass diese Arbeiten nicht sinnvoll wären. Massnahmen zur Automatisierung und zur Fernsteuerung hätte der Kanton als betrieblich nicht notwendige Massnahmen alleine finanzieren müssen.

Zu Frage 4. – Entscheide zum Ausbau des öV im Glarnerland per Fahrplanwechsel 2013/14 bzw. Sommer 2014 sind nach wie vor möglich. Die Weichen stellt die Landsgemeinde 2012; es sind aber noch in der March Entscheide zu S-Bahn und Ergänzungen auf der Strasse zu fällen.

Zu Frage 5. – Die Vorlage an die Landsgemeinde 2012 wird noch diesen Herbst vorgelegt. Sie wird den Finanzbedarf für den Halbstundentakt (Zürich–)Ziegelbrücke–Schwanden sowie weiterführende zusätzliche Anschlussverbindungen klären, sodass über den Ausbau des öV entschieden werden kann. Zurzeit werden Offerten eingeholt:

- SBB AG als Betreiberin aller Bahnlinien und der Buslinien Bilten/Ziegelbrücke–Niederurnen–Näfels-Mollis–Kerenzerberg–Mühlehorn;
- PostAuto Ostschweiz AG als Betreiberin der Linien ins Klöntal und rund um Glarus;
- Autobetrieb Sernftal AG als Betreiberin der Linien ins Sernftal und nach Sool und Schwändi;
- Braunwaldstandseilbahn AG.

Zudem wird das Angebot auf die Bedürfnisse der PostAuto Zentralschweiz AG für den Klausenpass und mit weiteren Partnern im Ausflugsverkehr abgestimmt; die Tourismus-Verantwortlichen von Braunwald, Sernftal und Kerenzerberg werden einbezogen.

Aufgrund grober Abschätzungen ist mit zusätzlichen jährlichen Kosten von 6 Mio. Franken für den öV zu rechnen.

Die Landsgemeinde 2012 wird zudem zur Steigerung der Attraktivität des öV und zur Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit zum motorisierten Individualverkehr über eine Tarifverbundlösung beraten.

Zu Frage 6. – Es mag sein, dass die Information der Bevölkerung und die Aktualität der Homepage verbesserungsfähig sind. Allerdings wurden in kaum einem anderen Bereich der öffentlichen Verwaltung in den letzten Jahren mehr politische Vorstösse behandelt und mehr über den Planungsstand informiert. Auch wird der Landrat jährlich mit dem Strassenbauprogramm über die öV-Massnahmen informiert.

Es ist nicht sinnvoll, über erst in Vorbereitung befindende Vorlagen zu informieren. Erst bei Vorliegen gesicherter Grundlagen zum Machbaren und Finanzierbarem kann über eine zukunftsorientierte Verkehrspolitik entschieden werden; dies geschieht jeweils zeitgerecht. Die Informationsbedürfnisse werden ausdrücklich anerkannt, doch ist für die Erarbeitung zweckmässiger und ausgewogener Lösungen die notwendige Zeit einzuräumen.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates

Röbi Marti, Landammann
Hansjörg Dürst, Ratsschreiber

Beilage: Interpellation